

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2017

Nr. 07 · 13. Jahrgang

## Willkommen in der „Wahlfabrik“!

Start in einen heißen Sommer mit „gläsernem Wahlkampf“ in der Zeppelinstraße

Im Wochentakt werden neue Umfrageergebnisse veröffentlicht, die Potsdamer Direktkandidaten haben die ersten Podiumsrunden absolviert - der Bundestagswahlkampf nimmt langsam Fahrt auf. Weniger als 100 Tage bleiben den Parteien noch, für sich und ihre Positionen zu werben.

Bei der Brandenburger LINKEN hat der „gläserne Wahlkampf“ inzwischen gute Tradition. Manch einer wird sich noch an das Wahlquartier im Potsdamer Hauptbahnhof erinnern. Ähnlich zentral und doch ganz anders wird in diesem Jahr die neue Kreisgeschäftsstelle in der Potsdamer Zeppelinstraße für drei Monate zur „Wahlfabrik“. Von dort aus werden der Landeswahlstab und auch das Potsdamer Wahlteam alle Aktivitäten koordinieren, Material produzieren, Kandidatenauftritte steuern und Veranstaltungen organisieren. In einem Live-Videostudio direkt im Schaufenster werden Clips und Statements der KandidatInnen für die Online-Kanäle produziert. Und dabei kann man den WahlkämpferInnen jederzeit über die Schulter schauen.

Die „Wahlfabrik“ ist erste Anlaufstelle für alle, die sich direkt in den Wahlkampf

einschalten wollen: Am Infotresen stehen täglich von 09.00 - 17.00 Uhr WahlkämpferInnen zum Gespräch bereit, die aktuellsten Informationen und Materialien gibt es dort. Und auch wer mitmachen will, ist herzlich willkommen. Egal ob beim Plakatieren, Infoständen, beim Verteilen von Material oder mit tollen Ideen für Aktionen - jede Hilfe wird gebraucht und ist herzlich willkommen.

Mit einem Hoffest soll die „Wahlfabrik“ am 29. Juli offiziell eröffnet werden - was genau geplant ist, wird noch

nicht verraten - sie dürfen gespannt sein. Im Lothar-Bisky-Haus in der Alleestraße finden den gesamten Sommer über zahlreiche spannende Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen statt - der Hof hat sich dafür in einen „Sommergarten“ verwandelt.

Auch wenn entgegen mancher Vermutungen die Wahl noch längst nicht gelaufen ist - eines zumindest steht schon fest: Einen echten Politikwechsel gibt es nur mit LINKS! Besuchen Sie uns in der „Wahlfabrik“ und überzeugen Sie sich selbst!



## 28. Sommerfest am 26. August mit Wahlkampfauftakt im Lustgarten

Auch in diesem Jahr haben es viele PotsdamerInnen schon fest im Kalender stehen: Am 26. August lädt DIE LINKE zum inzwischen 28. Sommerfest in den Lustgarten - rund um das Neptunbecken hinter dem Mercure.

Bereits ab 10.00 Uhr gibt es bei hofentlich strahlendem Sonnenschein ein gemütliches „Wahlfrühstück“ - als Picknick für Jüngere und jung gebliebene WahlkämpferInnen. Ab 13.00 Uhr startet das offizielle Programm. Auf der Bühne gibt es Musik, Satirisches und jede Menge Politik im Gespräch (Foto von 2016). Wie immer sind die KandidatInnen und Abgeordneten der LINKEN auch auf dem Platz unterwegs und persönlich ansprechbar. Als Höhepunkt des Nachmittags wird der Be-



such der Parteivorsitzenden Katja Kipping erwartet.

Im Rahmenprogramm gibt es wieder die bunte Kinder- und Familienwiese mit Clown, Ponyreiten, Hüpfburg und vielen Mitmach-Angeboten. Für das leibliche Wohl ist natürlich gesorgt. Und unsere Tombola lockt wie jedes

Jahr mit attraktiven Preisen. Der Abend gehört ab 18.00 Uhr dem jüngeren Publikum: Beim diesjährigen „red summer“ werden „44 Leningrad“, „Tiefenrausch“ und als Headliner die „Sterne“ aus Hamburg erwartet.

Wir sehen uns - am 26. August im Potsdamer Lustgarten!

## In dieser Ausgabe

### LINKS informiert

- 2** Kalenderblätter für den Juli/„Krieg dem Kriege“ - zum 100. Geburtstag von Käthe Kollwitz

### LINKS im Parlament

- 3** Norbert Müller (MdB): Strafrechtsverschärfungen sind Augenwischerei/ Gedanken zum Bundestag der LINKEN/ „AfD - für Christen nicht wählbar“

### LINKS im Rathaus

- 4** Streit um die Zeppelinstraße/Kostenloses Frühstück für arme Kinder/ Post bleibt im Sterncenter/ Jugendeinrichtungen im Bornstedter Feld

### LINKS in unserer Stadt

- 5** „Heimat-Zukunft-Stadt“ - Kati Biesecke berichtet vom Städtetag in Nürnberg/  
**6** Gastbeitrag der AktivistInnen von „Bitte stehen lassen“ zur Fachhochschule/  
**7** Stadtteilkonferenz Bornstedt/Integrationspreis ausgelobt/Wie hältst du es mit dem Regieren?/Spatenstich am Tiroler Damm/ „Mitteschön“ provoziert erneut/Nachlese: Kindertagsfeiern in Babelsberg und am Stern

### Potsdamer ALLERLEI

- 8** Kulturnotizen/ Veranstaltungen/Rätsel

**Informationen der Redaktion**

Die Augustausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 8. August 2017. Redaktionsschluss ist bereits am 24. Juli.

Die Redaktion

**„Krieg dem Kriege“**

Zum 150. Geburtstag von Käthe Kollwitz

Käthe Kollwitz wird vor nunmehr 150 Jahren am 8. Juli 1867 in Königsberg, dem heutigen Kaliningrad, geboren. Nachdem sich ihr zeichnerisches Talent bereits früh herausstellt, studiert sie Malerei, zunächst in Königsberg, schließlich auch in Berlin und München. Im Jahr 1891 heiratet Käthe Kollwitz, damals noch Käthe Schmidt, den Arzt Karl Kollwitz und zieht nach Berlin. Die beiden gemeinsamen Söhne, Hans und Peter, werden 1892 und 1896 geboren. Ab dem Jahr 1898 arbeitet sie als Lehrerin an der Berliner Künstlerinnenschule, während sie zeitgleich ihre eigenen Werke vorantreibt. 1904 lebt die Künstlerin ein Jahr lang in Paris. 1914 fällt ihr Sohn Peter als Soldat gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Dieser schwere Verlust beeinflusst ihre weiteren Werke und trägt maßgeblich dazu bei, dass sich Käthe Kollwitz im weiteren Verlauf des Kriegs verstärkt mit pazifistischen Ideen auseinandersetzt.

Als bedeutende deutsche Künstlerin des 20. Jahrhunderts ist Käthe Kollwitz insbesondere für ihre Radierungen,

Holzschnitte, Zeichnungen und Lithografien bekannt. Das soziale Engagement der Zeitzeugin zweier Weltkriege, ihr Eintreten für Frieden und Humanität spiegelt sich dabei deutlich in ihren gesellschaftskritischen Werken wider. Beispielhaft sei die Folge von Holzschnitten mit dem Titel „Krieg“ herausgegriffen, die Käthe Kollwitz in den Jahren 1922 und 1923 schuf und die sich mit den Kriegsfolgen auseinandersetzt.



Die Künstlerin unterstützte zudem durch die Gestaltung von sozialpolitischen Plakaten pazifistische und soziale Bewegungen, etwa den Antikriegstag des Jahres 1924 („Die Überlebenden. Krieg dem Kriege!“) oder Initiativen zur Bekämpfung des Elends und Hungers in der Nachkriegszeit („Deutschlands Kinder hungern!“).



In der Zeit zwischen den Weltkriegen wird die Künstlerin Mitglied der Preussischen Akademie der Künste, Professorin und Leiterin des Meisterateliers für Grafik, ehe sie nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zum Verzicht auf ihre Ämter und ihre Mitgliedschaft gezwungen wurde. Etwa ab 1935 erhält sie Berufsverbot, und die Nationalsozialisten untersagen die Ausstellung ihrer Werke. Im Jahr 1945, kurz vor dem Kriegsende, stirbt Käthe Kollwitz in Moritzburg.

-bm

**KALENDERBLÄTTER JUNI**

**1787**

**H. L. Manger wird Garteninspektor**

Heinrich Ludwig Manger wird am 19. Juli durch Friedrich Wilhelm II. zum Garteninspektor ernannt; in der Instruktion heißt es u.a.: „[...] daß des Mangers Hauptbeschäftigung [...] darin besteht: über sämtliche Königl. Gärten, Plantagen und Alleen dergestalt Aufsicht und Sorgfalt zu tragen, daß er nicht nur das ganze Gartenwesen, sämtliche Pflanzungen und Treibereyen dirigiert und in Ordnung erhält [...] sondern auch die Gärtner zu ihrer Pflicht anhält [...] und alle Gartengebäude, Lust- und Treibe-Häuser in beständiger Obacht nimmt [...]“

grüßen aber die nach uns Kommenden und wollen ihnen wünschen, daß sie angenehmere Zeiten erleben mögen als unsere Generation. Vor allem möge unser Deutsches Vaterland dann wieder in sich einig und mächtig, den ihm gebührenden Platz unter den anderen Völkern errungen haben.“ Am 01. 08. 1968 wird das Material gefunden. -rt

(78 Tage lang) eine Sonderration aus Spenden ausländischer Organisationen.

**1962**

**Junge Franzosen im Zeltlager Pirschheide**

120 junge Franzosen beginnen am 9. Juli einen dreiwöchigen Urlaubsaufenthalt im Zeltlager Pirschheide. Begrüßt werden sie vom 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der FDJ, Ulrich Schlaak. Zum Programm gehören Freundschaftstreffen im VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg, im RAW Potsdam und im VEB DEFA-Studio für Spielfilme sowie eine Dampferfahrt mit dem neuen Schiff der Potsdamer Flotte „Sanssouci“.

**1942**

**„Ist der Schuh zu eng...“**

In der Schuhtauschstelle der NS-Frauensschaft Brandenburger Straße/Lindenstraße wird am 23. Juli das 10.000 Paar Schuhe seit Kriegsbeginn getauscht. Die Tauschstellen waren kurz nach Kriegsbeginn unter dem Motto „Ist der Schuh zu eng, zu weit, der Tausch ist eine Kleinigkeit!“ (PT, 21. 07. 1942) eingerichtet worden.

**1967**

**Verkehrserziehung gefragt**

Zur Verkehrserziehungsveranstaltung im Pionierhaus „Erich Weinert“ am 11. Juli kommen statt der gemeldeten 50 Kinder ganze 160. 45 Teilnehmer erwerben die Stufe I des Abzeichens und die Urkunde „Für gute Kenntnisse der Verkehrsvorschriften“, vier die Stufe II.

**1927**

**Dokumente eingemauert**

Im mittleren Turmgesims der ehemaligen Hof- und Garnisonkirche, hinter der Königskrone, werden am 20. Juli „...8 Blatt Zeichnungen und 32 Photographien...“ eingemauert. Die Urkunde endet mit den Worten: „Wann diese Aufzeichnung wiedergefunden werden wird, wissen wir nicht. Wir be-

**1947**

**Auslandskinderspeisung startet**

In Potsdam beginnt am 1. Juli die Auslandskinderspeisung; 14.034 Kinder zwischen dem 3. – 14. Lebensjahr wurden ausgewählt und erhalten täglich

**IMPRESSUM**

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.  
**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,** Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.  
**REDAKTION:** medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;  
**ANZEIGEN:** Sekretariat.  
**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00  
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.  
**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

## Polizei und Gewalt: Strafrechtsverschärfungen sind Augenwischerei

**Sicherheit durch Abschreckung. Das sieht eine Initiative vor, welche Union und SPD unter dem Titel „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ eingebracht haben und, die mit den Stimmen der Koalition auch beschlossen wurde. Unter anderem sieht das Gesetz vor, dass auch minimalste Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte zukünftig mit mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe geahndet werden.**

Begründet wird diese massive Verschärfung von Union und SPD mit einer angeblich gestiegenen Anzahl an Delikten gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte im vergangenen Jahr. Medial wurden im Vorfeld mehrere Fälle von Angriffen auf Rettungskräfte als Beleg der These aufgegriffen. Auch die Gewerkschaft der Polizei trommelte mit einer eigens entwickelten Kampagne für die Durchsetzung von teils drakonischen Strafen.

Ein genauerer Blick in die polizeiliche Kriminalitätsstatistik, die die Verdachtsfälle, nicht aber die Verurteilungen, ausweist, zeigt zwar für 2016 einen Anstieg der Verdachtsfälle bei Widerstand gegen die Staatsgewalt im Vergleich zum Vorjahr, in der Langzeitbetrachtung wird aber deutlich, dass seit 2008 die Zahl der Ver-

dachtsfälle deutlich abgenommen hat. Hinzu kommt: bei einem Großteil der Straftaten gegen Vollstreckungsbeamte handelt es sich um sogenannte Widerstand-, Beleidigungs- und Bedrohungsdelikte. In überwiegenden Mehrzahl sind das Bagatelldelikte bei denen keine Gewalt im Spiel ist.

Selbst wenn ein erheblicher Anstieg der Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte zu konstatieren wäre, ist der gewählte Ansatz, mehr Sicherheit für eben jene Gruppe durch mehr Abschreckung zu gewährleisten, jedoch seit langem widerlegt. Denn grundsätzlich haben die Verschärfungen von Strafgesetzen überhaupt keinen Einfluss auf die Häufigkeit von Anzeigen oder gar die Begehung von Straftaten. Dank der Strafbarkeit von Körperverletzung existiert auch keine Regelungslücke, die es zu schließen gilt.

Tatsächliche Auswirkungen wird das Gesetz aber dennoch haben, nämlich auf alle, die ihr Recht auf Versammlungsfreiheit ausüben wollen und auch auf jene, die bei Straftaten durch PolizistInnen diese zur Anzeige bringen wollen. Einem großen Teil der Anzeigen wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte gehen Anzeigen durch Betroffene von Polizeigewalt voraus. Es ist quasi ein Automatismus: wer gegen Polizeigewalt juristisch vorgehen will, wird



UNSER MANN IM BUNDESTAG  
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

schnell selbst zur Zielscheibe von Anzeigen. Deswegen verzichten heute schon viele darauf, Übergriffe durch die Polizei zu melden.

Das Risiko am Ende selbst vor Gericht zu landen ist vielen zu hoch und gleichzeitig führen die meisten Anzeigen gegen PolizistInnen nicht einmal zu einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft, geschweige denn zu einer Verurteilung. Im Jahr 2014 wurden 2.138 PolizistInnen wegen Körperverletzung angezeigt. Nur gegen 33 PolizistInnen, also 1,5 Prozent, hat die Staatsanwaltschaft aber Anklage erhoben.

Hier liegt ein Problem, dass die Politik tatsächlich endlich angehen muss. BürgerInnen müssen ohne Angst von Gegenanzeigen mutmaßliche Straftaten durch PolizeibeamtInnen zur Anzeige bringen können. Dafür bedarf es neuer Mechanismen. Einer der Vorschläge, die hierzu auf dem Tisch liegen, ist die unabhängige Polizeibeschwerdestelle. Solche und ähnliche Konzepte gilt es vertieft zu diskutieren und dann tatsächlich auch umzusetzen.

Reformationsbotschafterin  
Käßmann:

### „Die AfD ist für Christen nicht wählbar“

Die AfD ist nach Ansicht der evangelischen Theologin Margot Käßmann (58), für Christen nicht wählbar. So äußerte sie sich jüngst in einem Spiegel-Interview. Dabei gehe es nicht nur um eine fragwürdige Haltung Flüchtlingen gegenüber, sondern auch gegenüber Frauen.

Sie werde keine Wahlempfehlung abgeben, betonte die Reformationsbotschafterin Margot Käßmann in einem am 16. Mai 2017 auf Spiegel Online veröffentlichten Interview. „Als Privatperson kann ich aber sagen, dass es mir vollkommen unverständlich ist, wie ein Christ AfD wählen kann“, so die Reformationsbotschafterin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Partei vertrete ein Programm, das Menschen abwerte, „die nicht so aussehen, wie sich AfDler sogenannte Bio-Deutsche vorstellen“, so die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende. Zudem verbiete es sich für Christen, über Schießbefehle gegen Flüchtlinge nachzudenken. Auch das Frauenbild der Partei komme „altbacken“ daher.

### „Stärke der Kirche ist Begegnung von Mensch zu Mensch“

Käßmann forderte zugleich ein schärferes Profil der Kirche in der politischen Debatte. Es sei gut, in gesellschaftlichen Fragen Stellung zu beziehen. In Fragen von Krieg, Frieden, globaler Gerechtigkeit oder vom Umgang mit Menschen auf der Flucht könne die Kirche nicht schweigen. In Bezug auf die Nutzung von sozialen Medien im kirchlichen Alltag sagte Käßmann: „Unsere Stärke ist die Begegnung von Mensch zu Mensch.“ Sie habe nichts gegen Twitter und Facebook.

### „Social Media überfordert“

Allerdings habe sie den Eindruck, dass die Menschen davon auch überfordert seien. „Social Media bleibt anonym, das Face-to-Face in der Kirche ist echt.“ Die Reformationsbotschafterin unterstrich zudem, dass eine kritische Haltung gegenüber Luther wichtig sei. Bei den antisemitischen Äußerungen des Reformators habe man es „ganz klar mit rassistischen Beweggründen zu tun“. Den Zeitgeist als Entschuldigung für die Äußerungen Luthers zu verwenden sei ihr zu einfach. Den Einwand, wonach Luther bei einer solchen Betrachtung zu negativ wegkomme, wies Käßmann zurück. „Wir mussten seine Judenschriften und ihre fatalen Folgen analysieren.“

## Sozial.Gerecht.Frieden. Für alle

Gedanken zum Bundesparteitag – von Christian Wienert, Delegierter zum Parteitag

Mit dem Bild der aufeinander zurasenden Züge beschrieb Gregor Gysi vor fünf Jahren den Zustand der Partei. Auch auf dem diesjährigen Parteitag vom 9. bis 11. Juni wurden die Trennlinien wieder deutlich – wenn auch nicht so scharf wie auf vergangenen Parteitagen.

Der Schwerpunkt war die Arbeit am Wahlprogramm. So viele Änderungsanträge wie noch nie galt es abzuarbeiten. Dies geschah zum Teil mit einem Verfahren, das auch für Kritik sorgte. Das sogenannte erleichterte Abstimmungsverfahren missfiel einigen, wenn z.B. dadurch eine tiefere Diskussion oder wenigstens Für- und Gegenrede zu einem Antrag entfielen, weil die Delegierten zuvor darüber beschlossen hatten, dass an einem Absatz gar keine Änderung vorgenommen werden sollte.

Die großen Streitpunkte waren die Themenblöcke Europa, Friedenspolitik und das Verhältnis von Staat und Glaubensgemeinschaften. Der Vorwurf der einen war das Argument der anderen – pragmatische Forderungen für Regierungspop-



tionen im Bund. Doch war es der Streit um das Verhältnis von Staat und Glaubensgemeinschaften, der auch eine unerwartete Einigkeit zwischen den Flügeln zeitigte. Nachdem am Samstagabend ein Antrag zur Auflösung von Staatsverträgen und gegen die Vorrechte der Kirchen zunächst angenommen worden war, erklärten sich am folgenden Sonntagmorgen mehrere Delegierte „flügelübergreifend“ persönlich und baten um die Rückholung

und Korrektur, was schließlich unter großem Protest der Befürworter des Antrags auch geschah.

Das Fazit des Parteitags fällt versöhnlich aus. Die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Partei wurden zwar deutlich artikuliert und diskutiert, aber schließlich – auch nach den einenden Reden der Spitzenkandidaten – konnte das Programm mit großer Mehrheit verabschiedet werden.

## „Geht nicht“ war gestern – Jugendeinrichtungen im Bornstedter Feld

Die Planungen zum Bornstedter Feld weisen die Errichtung von zwei Jugendeinrichtungen mit einem entwicklungsbedingten Bedarf von 172 Plätzen für das 300 Hektar große und für 11400 Bewohner ausgelegte Areal aus. Das war 1991! Seit 2012 gibt es mehr oder weniger intensive Bemühungen um die Errichtung dieser beiden Jugendklubs. Der Jugendhilfeausschuss hat 2012 den Entwicklungsträger Bornstedter Feld beauftragt zu prüfen, inwieweit ungenutzte Flächen der Biosphäre für einen Klub genutzt werden könnten. Bis 2017 wurde eine Jugendeinrichtung stets im Zusammenhang mit der Biosphäre gedacht. Gekoppelt an das Auslaufen der Fördermittelbindung der ehemaligen BUGA-Blumenhalle wurde immer auf das zu erstellende Nachnutzungskonzept verwiesen. Andere Flächen gäbe es angeblich nicht. Erst die vom Jugendhilfeausschuss im April 2017 eingesetzte Arbeitsgruppe hat in einem Vor-Ort-Termin im Mai gemeinsam mit dem Entwicklungsträger mögliche Flächen für Jugendeinrichtungen ausgemacht: In der Georg-Hermann-Allee neben der Grundschule, direkt an den Leonardo-da-Vinci Schulcampus grenzend sowie in der David-Gilly-Straße, unmittelbar am Sportplatz Kirschallee. Und: Es wird erneut geprüft, wie teuer die Sanierung des Ribbeckecks, der einzig vorhandenen Freizeiteinrichtung für junge Leute in diesem Bereich, wirklich ist. Die vom KIS mit 1,2 Mio Euro bezifferten Kosten erscheinen vielen nahezu utopisch. Dahinter steckt der feste Wille, diese Einrichtung zu erhalten, vielleicht auch als „Kleinen Bürgertreff“. Das Ribbeckeck war schon der Schließung geweiht. Der Entwicklungsträger finanziert den Klubneubau und den Festbau für das Zirkusprojekt „Montellino“, dass 2019 neben die Biosphäre ziehen wird. Die Sanierung des Ribbeckecks hingegen muss aus dem Haushalt des KIS gestemmt werden. Eine echte Herausforderung bei dem umfangreichen Schulneubau und -sanierungsprogramm! Im September soll, so ein Antrag der LINKEN, informiert werden, unter welchen Bedingungen die Sanierung erfolgen könnte.

Sigrig Müller

# Streit um Zeppelinstraße

Der Streit um die Gestaltung der Verkehrsführung in der Zeppelinstraße ist zu einem Symbol für die Potsdamer Verkehrspolitik geworden. Das Anliegen, die Luftschadstoffbelastung und den Lärm zu reduzieren, indem man den zunehmenden Autoverkehr mit all seinen Nebenwirkungen zu bändigen versucht, wird sehr kontrovers diskutiert. Dabei ist seit langem unstrittig, dass in Potsdam der Vorrang des ÖPNV

gilt und auch in verschiedenen Formen praktiziert wird. Das heißt im Umkehrschluss auch, dass es keinen Vorrang für Autos, sondern ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsformen geben soll. Es ist allerdings für viele, insbesondere auch die Geltower und die Werderaner, nicht nachvollziehbar, wenn durch eine Verengung der Fahrbahn in der Zeppelinstraße der Autoverkehr zurückgedrängt werden soll. Vielmehr

wird befürchtet, dass durch die künstliche Verknappung des Straßenraums Staus erzeugt und zum dauerhaften Zustand werden. Bekanntlich gibt es keine Ausweichstrecke, die man anstelle der Zeppelinstraße nutzen könnte. Bisher ist auch der Durchbruch nicht gelungen, anstelle des eigenen Fahrzeuges mit dem Bus oder der Straßenbahn zu fahren. Diese Alternative ist offensichtlich nicht attraktiv genug und für manchen Einpendler nicht nutzbar. Deshalb hat sich insbesondere die Linksfraktion gegen die Verengung der Straße ausgesprochen und zumindest eine Begrenzung des Modellversuchs auf drei Monate erreichen können. Da dieser Beschluss jetzt unterlaufen und der Test auf sechs Monate plus mindestens zwei Monate für Vor- und Nachbereitung ausgeweitet werden soll, drängt die Linksfraktion mit einem Antrag auf die Einhaltung der beschlossenen drei Monate. Zumindest muss im September eine Bilanz und gegebenenfalls die Reißleine gezogen werden. Schließlich geht es darum, auch Verkehrspolitik mit den Bürgern und nicht gegen sie zu machen. Dafür setzen wir uns ein.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender



Foto: J. Schulz

## Kostenloses Frühstück für arme und von Armut bedrohte Kinder

Ziel des im November 2016 von der Stadtverordnetenversammlung auf Initiative der LINKEN beschlossenen Antrags war es, zum Schuljahr 2017/18, an Potsdamer Grundschulen ein für arme und von Armut bedrohte Kinder kostenloses Frühstück anzubieten. Dabei wurde auch auf eine Unterstützung dieses Modellprojekts durch das Land gesetzt. Bisher gibt es das Angebot an fünf Grundschulen, dank des ehrenamtlichen Engagements der AWO Potsdam. Etwa 250 Schülerinnen und Schüler nutzen es täglich. Auch in dem reichen Potsdam sind immer mehr Kinder

arm und starten mit leerem Magen in ihren Schultag. Auf etwa 700 wird ihre Zahl an den Grundschulen geschätzt. Das sind 9 % aller Grundschüler. Auch deshalb muss das ehrenamtliche Angebot durch ein staatliches ergänzt werden. Nach Abfrage der Schulen signalisierten weitere sieben einen Bedarf an dieser kostenlosen Mahlzeit. Das sind zum Teil 50% der gesamten Schülerschaft einer Schule. Ab September 2017 werden an 5 Grundschulen entsprechend des gemeldeten Bedarfs 363 Kinder diese Frühstücksversorgung bekommen. Bezahlt wird das aus dem

städtischen Haushalt. Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Diana Golze, hat eine finanzielle Starthilfe für das Projekt zugesagt.

Wir sind uns bewusst, dass dieses kostenlose Frühstück nur ein kleiner Schritt im Kampf gegen Kinderarmut mit all ihren Konsequenzen für das Leben der Kinder hat, das „Elend“ nicht an der Wurzel packt. Für die Kinder, die nun nicht mehr hungrig lernen müssen aber ist das sicher was Großes.

Sigrig Müller

## Post bleibt im Sterncenter

Der Protest und die Initiative der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung haben sich gelohnt.

Die Deutsche Bank schließt zwar wie angekündigt das Postbankcenter im Sterncenter. Aber die Dienstleistungen der Post werden auch in Zukunft an gleicher Stelle angeboten. Es bleibt jedoch unverständlich, warum dieser Standort für die Deutsche Bank mit

der Postbank unwirtschaftlich sein sollte. Künftig gibt es nur noch die Geldautomaten der Postbank, während die bisherige Auszahlung per Hand nicht mehr möglich ist, was vor allem ältere Menschen bedauern.

Die Post wird nach einem Umbau ab 20. Juli an zwei Schaltern das große Sortiment an Postdienstleistungen anbieten.

Völlig unverständlich ist, dass das Postbankcenter entgegen den ursprünglichen Planungen schon am 20. Juni schließt, so dass es für vier Wochen keine Post im Sterncenter gibt.

Unter Bürgerfreundlichkeit und Dienst am Kunden verstehe ich etwas anderes.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

# „Heimat – Zukunft – Stadt“

Kati Biesecke, Kreisvorsitzende DIE LINKE.Potsdam, berichtet vom Deutschen Städtetag in Nürnberg

Vom 30. Mai bis 1. Juni fand die Hauptversammlung des deutschen Städtetages, unter dem Motto „Heimat- Zukunft-Stadt“ in Nürnberg statt. Alle zwei Jahre haben Mitarbeiter auf der kommunalen Ebene so die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen auszutauschen. Ich freute mich sehr, als die Fraktion mich im letzten Jahr vorschlug, nach Nürnberg zu fahren. Nach einer fünfstündigen Zugfahrt kam ich in Nürnberg an; viel Zeit die Stadt zu sehen, blieb mir leider nicht, da die Vorbesprechung der LINKEN in den Messehallen stattfand. Anschließend ging es zum Empfang der LINKEN in das Gewerkschaftshaus. Neben Matthias Höhn sprachen auch unsere Mitglieder des Städtetages motivierende Worte. Am wichtigsten waren jedoch die Gespräche mit den Mitgliedern aus den anderen Bundesländern und Ralf Kohn, dem Koordinator der BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“.

Am nächsten Morgen begann die Hauptversammlung durch einleitende Worte von Frau Dr. Lohse (CDU), Präsidentin des Städtetages. Zur gleichen Zeit fand in Nürnberg an einer Berufsschule ein Polizeieinsatz statt. Grund war, einen Schüler aus Afghanistan festzunehmen, um ihn abzuschleppen; MitschülerInnen versuchten mit lautstarkem Protest und Sitzblockaden, dies zu verhindern. Leider sprachen weder



Erinnerungsfoto mit Kati Biesecke (z.v.l.)

Frau Dr. Lohse noch der Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) über diesen Vorfall, stand doch der Städtetag unter dem Motto „Heimat-Zukunft-Stadt“, zumal Frau Dr. Lohse ihre Erfahrungen mit der Flüchtlingspolitik offen austrug. Von Humanität und sozialer Gerechtigkeit war sie leider weit entfernt. Als GastrednerInnen waren Angela Merkel und Sigmar Gabriel vor Ort. Doch auch in ihren Reden war schnell klar - es geht weniger um die Inhalte, sondern einzig um Wahlkampf. Dennoch klatschten viele der Anwesenden mit Begeisterung. Ich nahm mir am Nachmittag die Zeit und ging in das Doku-Zentrum der Stadt Nürnberg. Gemeinsam mit

SchülerInnen und Verbänden ist eine sehr informative und gelungene Ausstellung zum 2. Weltkrieg entstanden. Und ich empfehle Jedem, der Nürnberg besucht, in diese Ausstellung zu gehen.

Am letzten Tag wurde die neue Präsidentin des Städtetages, Frau Dr. Lohse, wiedergewählt. Beschämend empfand ich es, dass viele der Delegierten der Abstimmung fernblieben. Abschließend kann ich sagen, dass es eine sehr interessante Erfahrung gewesen ist. Ich habe erfahren können, dass ich stolz auf meine politische Arbeit sein kann und darf und danke für das Vertrauen meiner Fraktion, die mich nach Nürnberg entsandte.

## Wem gehört die Stadt – wenn nicht uns?

AktivistInnen von „Bitte Stehen Lassen“: Die Fachhochschule Potsdam auf dem Weg zur Utopie

Die Wahrnehmung von Stadt wird dominiert von einer Perspektive, die Stadt als Standort versteht, der im Kapitalismus konkurrenzfähig sein muss. Dabei setzen sich diejenigen mit der meisten Macht durch. Deshalb finden sich vor allem die Interessen konsumorientierter Oberschicht und privater InvestorInnen im Stadtbild wieder. So besitzt z.B. Semmelhaack in Potsdam Immobilien im Wert von annähernd einer Milliarde Euro.

Die Konsequenzen einer solchen Politik kennen wir alle: Die Fassaden werden barocker und die Häuser seelenloser. Kultureinrichtungen werden geschlossen und junge Leute, RentnerInnen und weniger gut betuchte Familien aus der Innenstadt verdrängt. Die Menschen verlieren ihre Wohnungen und die Stadt ihre Lebendigkeit.

Dieser Umbau soll im Herbst 2017 nun das FH Gebäude am Alten Markt dem Erdboden gleichmachen – mit ihm die architektonischen Spuren der Generationen zwischen 1945 und 1989 sowie

schlussendlich auch die Erinnerung an diese. In den letzten 25 Jahren gelten einzig die Bauwerke aus der Zeit vor 1945 als Schmuck und erhaltenswert.

Dabei sollte es doch darum gehen, Stadt als Begegnungsraum zu denken und für alle BewohnerInnen Bedürfnisgerechtigkeit herzustellen. Sei es in Bezug auf die Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Essen, Trinken und Schlafen, oder nach sozialen Gemeinschaften, nach kulturellem und politischem Austausch und Ausdruck.

Aktuelle Initiativen zeigen das breite öffentliche Interesse daran, Gebäude wie z.B. die FH am Alten Markt nicht einzureißen, sondern gemeinsam weiterzunutzen. In diesem konkreten Fall werden jedoch alle Versuche mit Verweis auf einen 27 Jahre alten SVV-Beschluss geblockt – auch wenn sich im vergangenen Jahr knapp 15.000 Menschen per Unterschrift für den Erhalt ausgesprochen haben.

Wir bitten alle Leute, die Potsdam als Ort des alltäglichen Lebens, Wirkens und

Begegnens behalten und erkämpfen wollen, sich für eine Weiternutzung der FH einzusetzen und Widerstand gegen den geplanten Abriss zu leisten. Die SVV hat zwar alle bisherigen Versuche abgeschmettert. Uns bleiben jedoch noch jene Mittel, die nicht auf das Einverständnis von Leuten angewiesen sind, die Potsdam als bloßen Wirtschaftsstandort sehen. Eines davon ist die Besetzung.

Wir alle entscheiden jeden Tag durch das, was wir tun, was wir nicht tun und wie wir über bestimmte Probleme und Lösungen sprechen, welches der oben genannten Stadtkonzepte mehr Ausdruck in Potsdam findet.

Es braucht unser aller Solidarität, um die Stadt von unten Realität werden zu lassen. Unterstützt eine Besetzung der FH - und sei es einfach, indem ihr euch NICHT davon distanziert. Jede und jeder kann auf ihre oder seine Weise ein Teil davon sein, die FH mit Leben zu füllen.

Die FH wird das, was wir aus ihr machen!

## Stadtteilkonferenz Bornstedt

Die Fraktion DIE LINKE in der SVV Potsdam war Mitte Juni mit Gesine Dannenberg auf der Stadtteilkonferenz für Potsdam-Bornstedt vertreten. Dabei wurden viele Themen besprochen. In den Themenkreisen „Nachbarschaftstreff“ und „Was braucht der Kiez?“ wurde z.B. von vielen Teilnehmenden gesagt, dass es zum Einen an Aufenthaltsmöglichkeiten fehle, die eine echte Kiezatmosphäre schaffen würden. Andererseits wurde insbesondere von der Stadtteilinitiative „SIB“ deutlich der Wunsch nach einem Begegnungsort für die Nachbarschaft inkl. ihrer Vereine artikuliert. Aber auch eine professionelle Unterstützung für die Koordination des Ehrenamtes war eine der unzähligen angesprochenen Ideen und Wünsche an diesem Tag, wie z.B. auch mehr Spielplätze u.v.m.

Fest steht: Zum echten Leben vor Ort wünschen sich viele mehr als den Status Quo. Gesine Dannenberg fasste am Ende des Tages zusammen: „Ich ermutige die Bürger/innen, ihre Wünsche zu bündeln und an uns heranzutragen. Natürlich muss dann auch ernsthaft nach Lösungen gemeinsam mit Stadtverwaltung und Politik gesucht werden. Wir als LINKE bieten uns immer als Ansprechpartnerin für Gespräche an. Die Möglichkeit von einer Nutzung von Räumen in der Biosphäre kann hier z.B. auch ein Teil der Diskussion sein, wenngleich nicht der einzige“.

## Bestes Integrationsprojekt gesucht

Zum 13. Mal wird in diesem Jahr der Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam ausgeschrieben. Bis zum 1. September können sich Träger, Organisationen und Verbände, private Initiativen, Vereine, Einzelpersonen und Bürgerinitiativen, Schulen und Kindergärten und andere um den Integrationspreis bewerben.

Die feierliche Übergabe des 13. Integrationspreises der Landeshauptstadt findet am 15. Oktober 2017 um 16 Uhr im Rahmen einer Festveranstaltung der „Interkulturellen Woche“ im Hans Otto Theater (Reithalle A) in der Schiffbauergasse statt.

Die Bewerbungsunterlagen sind zu erhalten und abzugeben beim: Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam Friedrich-Ebert-Str. 79-81, Haus 6, 14469 Potsdam Tel.: (0331) 2893346 Fax: (0331) 289843346

Weitere Infos finden Sie unter [www.potsdam.de/integrationspreis](http://www.potsdam.de/integrationspreis).

**Kurz & knapp erklärt****„Mitteschön“ provoziert mit Abrissträumereien**

Zur Position des Vereins „Mitteschön“ in seinem „Werbefilm“ erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE, Anita Tack: „In seinem Werbefilm für Spenden zum Neubau der Garnisonkirche schreckt „Mitteschön“ nicht davor zurück, Bilder der Garnisonkirche freistehend und ohne das Gebäude des Rechenzentrums als „Wahrzeichen“ Potsdams zu preisen. Ich halte es für falsch, dass der Verein immer weiter provoziert, anstatt einen Beitrag zur Überwindung der starken Polarisierung der Stadtgesellschaft zu leisten. Das barocke Zeitalter ist lange vorbei. Es ist mit seiner Architektur in Potsdams Mitte gut vertreten und bleibt ein großer Anziehungspunkt für Touristen aus der ganzen Welt. Das Rechenzentrum erfreut sich als Künstler- und Kreativhaus einer großen Nachfrage und belebt mit seiner Veranstaltungsvielfalt Potsdams Mitte.

Ich lehne diese einseitige, rückwärts gerichtete Provokation von „Mitteschön“ ausdrücklich ab. In unserer Stadt gibt es eine vielfältige Architekturlandschaft mit Zeitzeugen unterschiedlicher Epochen. Dazu sollten auch Nachkriegsmoderne und DDR-Architektur gehören. So sollte es auch in Zukunft bleiben!“

**Biosphäre: Unentschlossene Beliebigkeit bei SPD und CDU**

Zu den immer weiter ausufernden Diskussionen um die Zukunft der Potsdamer Biosphäre erklärt Anita Tack: „Der neue Vorstoß von SPD und CDU in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung steht unter dem Motto: „Wir wissen nicht, was wir wollen, aber wir tun's mit ganzer Kraft.“ Seit langer Zeit liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch, zu denen endlich Beschlüsse gefasst werden sollten. Der Erhalt der Biosphäre als wichtige überregionale Bildungs- und Tourismuseinrichtung steht auf der Tagesordnung. Wenn die städtische SPD und CDU jetzt wieder alles auf Anfang setzen wollen, so ist das pure Zeitverschwendung. Ich fordere den Oberbürgermeister erneut auf, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, das Gespräch mit der Landesverwaltung zu suchen und die Zukunft der Biosphäre zu sichern. Ich unterstütze gerne dabei.“

**Wie hältst du es mit dem Regieren?**

Diese Frage ist für die meisten Parteien in Deutschland – leider - recht schnell beantwortbar. Für sie gilt der von Müntefering geprägte Ausspruch: „Opposition ist Mist. Lasst das die anderen machen - wir wollen regieren.“ Diese Einstellung hat unter anderem auch zur Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit geführt. Regieren um des Regierens willen, regieren um Posten zu bekommen und nicht mehr um Politik zu verändern und Gesellschaft zu gestalten, ist Gift für die parlamentarische Demokratie. DIE LINKE macht es sich bei der Beantwortung der Frage schwerer – teilweise führt dies zu endlosen Debatten, ob nun Opposition oder Regierung der Königsweg ist. Für die einen ist Opposition - und hier natürlich auch die außerparlamentarische Opposition - das Mittel um zu verändern und sich treu zu bleiben. Ein Beispiel ist die Einführung des Mindestlohn. Jahrelang kämpft DIE LINKE gegen massiven Widerstand und am Ende hat ihn die CDU/SPD-Regierung eingeführt. Andere wiederum finden, in Regierungsverantwortung kann man besser gestalten. Hier lohnt sich auch ein Blick über den Tellerrand der Partei. Was erwarten die

Wähler von der LINKEN? Wollen sie, dass wir lautstark die gesellschaftlichen Missstände anprangern, große Worte schwingen und tolle Slogans produzieren und anderen die Verantwortung überlassen, damit wir sie kritisieren können? Oder wollen sie, dass wir die Missstände benennen und sie dann auch praktisch angehen? Erwarten sie von uns eher Lösungen statt Parolen?

Wir machen keinen Wahlkampf für ein Farbenspiel, richtig, wir machen keinen Wahlkampf für die Opposition oder für die Regierung. Unser Wahlkampf wird ein Wahlkampf für Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Frieden sein. Und am Ende muss es so sein, dass keine andere Partei hier vor Ort aber auch im Bundestag an uns vorbeikommt!

Bei unserer Politik muss klar sein, dass es uns nicht allein um ein oder zwei Mandate mehr oder weniger geht. Oder um Umfragen, oder ob wir regieren oder opponieren. Denn egal, was wir tun und in welchem Zusammenhang wir es tun: Es muss uns wichtig sein, die Alltagsprobleme der Menschen zu kennen und zu klären, ohne das große Ganze aus den Augen zu verlieren. Das

einzigste, woran wir uns messen lassen müssen, ist doch, ob es mit unserer Politik sozial gerechter, solidarischer und demokratischer ist als vorher. Wir stehen für eine andere Politik bereit. Aber nur, wenn am Ende es zu einem Wechsel der Politik, nicht nur der Minister kommt. Es muss keine Partei mit dem Ziel Rot-Rot-Grün in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die Option zu erhalten würde dem Wahlkampf gut tun und spannender machen – und das der Demokratie gut tun. DIE LINKE muss nicht von vornherein mögliche Mehrheiten für die Durchsetzung seiner Wahlversprechen verbauen.

DIE LINKE ist gegründet worden, um grundlegend etwas zu verändern. Ich gehöre zu denen, die offen sind und die regieren wollen. Das wird aber erst nach der Wahl entschieden und es muss die Chance auf einen Richtungswechsel geben. Aber jetzt kämpfen wir erst mal bis zum 24. September für das Programm, das wir in Hannover beschlossen haben. Je stärker wir werden, umso deutlicher ist das Signal, dass die Wählerinnen und Wähler einen Politikwechsel wollen.

Sascha Krämer

**Spatenstich am Tiroler Damm**

Am 8. Juni wurde mit dem symbolischen Spatenstich der Baubeginn für Neubauwohnungen in der Waldstadt gefeiert. Das erste Bauvorhaben nach über 30 Jahren in diesem Stadtteil. Auf dem Grundstück am Tiroler Damm entstehen 95 Wohnungen. Das Bauvorhaben wird mit Wohnraumförderungsmitteln des Landes Brandenburg in Höhe von rund 11 Millionen Euro gefördert. Das bedeutet, dass 75 Prozent der Wohnungen mietpreis- und belegungsgebunden sein werden und mit Mieten von 5,50 €/m<sup>2</sup> bis 7,00 €/m<sup>2</sup> den berechtigten Haushalten mit geringem Einkommen zu Gute kommen.

Der Schwerpunkt liegt auf kompakten 2- und 3-Zimmer-Wohnungen, es



Zur symbolischen „ersten Schippe“ waren viele Ehrengäste dabei.

werden jedoch auch 4-Zimmer-Wohnungen für Familien gebaut. Alle Wohnungen verfügen über Balkone und sind barrierefrei. Um älteren und gehbehinderten Mietern den Zugang zu

ihrem künftigen Zuhause zu erleichtern, verfügen alle Häuser über einen Aufzug. Das Bauprojekt greift das Leitbild „Wohnen im Wald“ der Bauten, die

Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre in der Waldstadt I und II gebaut worden sind, wieder auf, so der Geschäftsführer der Pro Potsdam, Horst Müller-Zinsius.

Die ersten Mietinteressenten gibt es bereits. Auf einem Anwohnerfest am Nachmittag des 8. Juni konnten sich die umliegenden Mieter mit Vertretern der Pro Potsdam zu Fragen des Bauablaufes und weiteren Themen austauschen. Eine interessante Form der Bürgerbeteiligung.

Die Fertigstellung des Bauvorhabens am Tiroler Damm ist für das zweite Quartal 2019 geplant. Die Investitionskosten belaufen sich auf rund 16 Millionen Euro.

Jana Schulze



OB Jann Jakobs buddelte gern mit der größeren Technik...

## DIE LINKE feierte zünftig den Internationalen Kindertag

### Zum 12. Mal am „Stern\*Zeichen“

Wie auch im vergangenen Jahr spielte das Wetter mit und eine halbe Stunde nach der Eröffnung des Festes mussten neue Getränke besorgt werden. Ein buntes Völkchen füllte den Rasen vor dem Bürgerhaus. Lautes Kinderlachen schallte von den umliegenden Wohnhäusern zurück.

Die Sonne meinte es an diesem Nachmittag, dem 9. Juni, gut mit uns. Bei über 25 Grad schwitzten die Akteure an den Aktionsständen und die vielen Kinder mit ihren Eltern beim Filzen, Stiftebehälter basteln, schminken, Aktionsspielen oder an der großen Kinderrutsche „Schnappi – das Krokodil“. Wie auch im letzten Jahr stand sie im Mittelpunkt des Nachmittags.

Die Kinder hatten ihren Spaß und die Eltern konnten sich im Schatten der aufgestellten Schirme bei Kaffee und Kuchen ausruhen bzw. in Gesprächen mit den Vertretern der AWO-Kita „Sternschnuppe“ oder dem Kindertreff Am Stern austauschen.

Drei Stunden später konnten wir feststellen, dass alle lieber noch weiter gefeiert hätten, die Getränke gereicht haben und die Helfer schweißgebadet und dennoch immer noch lachend die letzten Familien verabschiedeten.

Bedanken möchten wir uns bei allen die diesen Nachmittag zu einem Erlebnis für die Kinder machten. Ausdrücklich bei denen, die Crêpes und Bratwurst herstellten. Den Schankkräften am Getränkestand, den fleißigen Kuchenbäckerinnen und nicht zu vergessen bei unseren Partnern vom Bürgerhaus Stern\*Zeichen, dem Kindertreff Am Stern und der AWO des Bezirksverbandes Potsdam. Und erneut wollen wir sagen: Bis zum nächsten Jahr, wenn wir uns bei wieder tollem Wetter zum 13. Kinderfest erneut treffen.

Jana Schulze

Ortsverband DIE LINKE. Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Fotos: Wolfgang Beier



## Viel Spaß auf'm Weberplatz

Bei strahlendem Sonnenschein feierten am 10.06.2017 auf dem Weberplatz die großen und kleinen Babelsbergern das traditionelle Kinderfest der LINKEN. Die Kinder konnten u.a. auf der Hüpfburg 'rumtollen, auf Ponys reiten oder sich schminken lassen. Für das Kulinarische war ebenso gesorgt. Von Bratwurst bis afrikanisches Essen, von Cola bis Bier oder auch der obligatorische „Kaffee und Kuchen“, war alles vorbereitet.

Es wurden aber auch die Inhalte nicht vernachlässigt. So gab es Infostände vom Tierschutzverein, von „Potsdams Mitte Neu Denken“, von der LINKEN.Babelsberg und von „Cuba Si“.

Es war ein tolles Fest, mit vielen Gästen und Bestlaune,

fröhlichen Kindern und entspannten Eltern.

Wir bedanken uns bei allen Helferinnen, von der Standbetreuung bis Kuchenbäcker oder auch weiteren Organisatoren, bei allen beteiligten Vereinen, Verbänden und Firmen und

freuen uns auf das Fest im nächsten Jahr.

Michél Berlin

Ortsvorsitzender

DIE LINKE.Babelsberg/Zentrum Ost

Foto: Maria Strauß



## Hübsch gemacht – der 300jährige Priesterweg

Am 8. Juni, 12:30 Uhr, war es endlich soweit. Der Priesterweg, ein seit über 300 Jahren einst von Priestern genutzter Weg zwischen Potsdam und Güterfelde, wurde seiner alten Bestimmung als Fuß-, Rad- und Wanderweg frisch saniert mit einer wassergebundenen Decke nebst Neuanpflanzungen übergeben. Auch der bis dahin existierende sandige Übergang zwischen Kirchsteigfeld und Spielplatz an der Slatan-Dudow-Str. wurde gepflastert und kann so auch bei Regenwetter ohne Schlamm am Schuh genutzt werden. Schülerinnen und Schüler der benachbarten Stadtteilschule Drewitz testeten ihn mit ihren Fahrrädern gleich auf seine Nutzbarkeit. Mit der Note „sehr gut“, so ihr einhelliges Urteil, war ihre persönliche Abnahme beendet und die vom Stadtkontor aus Bauauftraggeber mitgebrachten Verpflegungsbeutel und Getränke wurden dankbar geplündert.

Mit diesem Termin hat das im Volksmund genannte „Grüne Freizeitband“ zwischen Kirchsteigfeld, Drewitz und Stern seinen Abschluss gefunden.

## WLAN in Regio-Zügen

Die WLAN-Ausrüstung in Regio-Zügen ist für viele Fahrgäste, vor allem für Berufspendler, ein wichtiges Qualitätsmerkmal, um sich für die Bahnfahrt zu entscheiden. Die Pilotphase „Colibri“ im RE3 startet, denn der WLAN-Zugang soll auch künftig in Brandenburg zum Standardservice gehören. WLAN-Zugang erhöht die Attraktivität im Bahnverkehr. DIE LINKE geht davon aus, dass der Test erfolgreich sein wird. Wir wollen die Vorzüge und die Attraktivität des Bahnverkehrs im Alltag zum Tragen bringen. Da das Bahnwerk Wittenberge auf WLAN-Einbau spezialisiert ist, sehen wir gute Chancen für eine Reihe weiterer Aufträge für das Unternehmen in Brandenburg. -at

## Freies W-LAN im Rathaus

Endlich, Potsdam entwickelt sich. Viele deutsche Städte und Gemeinden bieten bereits einen öffentlichen Netzzugang an. Ein öffentlicher W-LAN-Anschluss gehört heutzutage zu einem modernen Bürgerservice und stellt zudem eine Erweiterung der Dienstleistung rund ums Rathaus dar. Kostenloses W-LAN bedeutet mehr Attraktivität und Bürgernähe

sakraem

## Auf nach Berlin zur Fiesta de Solidaridad

Am 22. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder ihre traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

Größer, bunter und vielfältiger wird die „Fiesta de Solidaridad“ in der Lichtenberger Parkaue in diesem Jahr werden. Das große Solidaritätsfest, organisiert von der AG Cuba Sí, ist über die Jahre zu einem Treffen der Soligruppen und Kubafreunde aus der gesamten Bundesrepublik geworden. Neu in diesem Jahr ist das „Internationales Dorf“, in dem sich die ALBA-Staaten vorstellen und die europäischen Solidaritätsgruppen ihre Projekte präsentieren. Ebenfalls neu ist eine zweite Bühne, die vor allem für Junge und Junggebliebene Anziehungspunkt sein soll. Hier berichten u.a. Studierende über ihr Semester an der Technischen Universität in Havanna (CUJAE). Den ganzen Tag wird es auf der Fiesta Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen und natürlich jede Menge Musik geben. Live dabei sind u.a. Damion Davis, Tapete, Boxi Total, Calum Baird (Schottland), DJ Usnavi – und am Abend spielen Conexión und Banda Bassotti (Italien). Bei der Soli-Tombola kann man mit etwas Glück wieder einen Flug nach Kuba gewinnen. Nos vemos – wir sehen uns in Berlin zur Fiesta de Solidaridad!

Ort: Fiesta de Solidaridad, 22. Juli 2017, 14 – 22 Uhr, Parkaue Berlin-Lichtenberg



## Übergabe eines Bildes an Oberbürgermeister Jann Jakobs

Die Potsdamer Künstlerin Uljana Scheremetjewa hat am 20. Juni 2017 Oberbürgermeister Jann Jakobs ein Bild als Schenkung überreicht. Es handelt sich dabei um ihr Werk \*Mutter und Sohn. Orthodoxie\*, das in der Galerie Kurgan gerahmt wurde. Es wurde im Rahmen der Jahreskampagne \*Stadt trifft Kirche\* übergeben. \*Ich freue mich über das wunderschöne Geschenk\*, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs. \*Wir werden dafür einen würdigen Platz finden.\*

Der Kontakt mit dem Oberbürgermeister und der Wunsch der Künstlerin mit ukrainischen Wurzeln für eine Schenkung kam im Rahmen der Interkulturellen Woche im vergangenen Jahr zustande. Uljana Scheremetjewa stellte unter dem Titel \*Planet Potsdam\* Werke ihres Schaffens auf dem Flur des Oberbürgermeisters im Rathaus aus. Dabei spielt in den Bildern ihre Heimat eine große Rolle. Manche ihrer Werke enthalten auch ein Geheimnis, das es zu entschlüsseln gilt.

Uljana Scheremetjewa hat die Leningrader Schule für Bildende Kunst bei der Akademie der Künste besucht und anschließend die Moskauer Stroganow-Hochschule für Angewandte und Bildende Kunst absolviert. Ihre vielfältigen Arbeitsbereiche erstrecken sich über Öl- und Aquarellmalerei sowie Grafik mit dem Schwerpunkt realistischer, figurativer Kunst. Seit 1993 lebt Uljana Scheremetjewa in Potsdam.

		5			7	3	
3				7		8	1
				5			9
8			4	5			
		6				1	
				6	9		2
	1		6				
5	2		3				9
	3	4			6		

## SUDOKU

Auflösung Juni

7	3	8	6	1	2	5	9	4
2	9	5	7	3	4	8	1	6
1	6	4	8	9	5	3	2	7
8	5	1	9	2	7	4	6	3
4	7	3	5	6	1	9	8	2
9	2	6	4	8	3	1	7	5
5	1	2	3	7	8	6	4	9
6	4	7	1	5	9	2	3	8
3	8	9	2	4	6	7	5	1



### tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

**Sonnabend, 08.07.2017, 14.00 Uhr:**  
Stadtteilfest im Schlaatz auf dem Marktplatz - In der Zeit von 14.00 – 20.00 Uhr wollen wir unter dem Motto „Gemeinsam Brücken bauen“ den Schlaatz beleben.

**Sonntag, 09.07.2017, 10.00 Uhr:**  
Frühschoppen „Rathausreport

Live“ im Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, Stadtteil Waldstadt II.

**Freitag, 14.07. und Sonnabend, 15.07.2017:**  
Info- Stände in den Stadtteilen mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05. Juli 2017.

**Sonnabend, 15.07.2017, 10.00 Uhr:**  
WAHLFRÜHSTÜCK in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Zeppelinstr. 7.

**Dienstag, 18.07.2017, 19.00 Uhr:**  
Lesung und Diskussion des viel diskutierten Buches: „Unter Sachsen – Zwischen Wut und Willkommen“ gemeinsam mit dem

Herausgeber Matthias Meisner im „freiLand“, Haus 2.

**Montag, 24.07.2016, 13.30 Uhr:**  
„Sommer - Sonne - Lebensfreude - und alte Melodien ...“ Die Alfred und Toni Dahlweid Stiftung lädt ein zum Sommerfest mit viel Musik und mit kleinen Überraschungen. Ort: Restaurant Otto Hiemke, Karl-Gruhl-Str. 55,

14482 Babelsberg, Anmeldung: Tel. 0331 710828, E-Mail: dahlweid-stiftung@t-online.de

**Sonnabend, 29.07.2017, 10.00 Uhr**  
WAHLFRÜHSTÜCK in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Zeppelinstr. 7.